

## Editorial

Diese Sonderausgabe der FfF-Kommunikation ist den Herren Schäuble und Schily gewidmet. Wir werden beiden ein Heft schicken, und es wäre zu wünschen, dass sie es lesen. 19 Autorinnen und Autoren schreiben darin, was sie vom Zeitgeist der Überwachung halten. Es sind Menschen, die sich ehrenamtlich oder von Berufs wegen mit unseren vom Grundgesetz garantierten Rechten beschäftigen; sie alle, aber nicht nur sie, sind aufgebracht, verärgert und besorgt über eine Entwicklung, die seit dem 11. September 2001 zunehmend die politischen Institutionen unterspült.

### Paradigmenwechsel

Bisher war *Krieg* nur zwischen den wesentlichen Subjekten des Völkerrechts – souveränen Staaten – denkbar, das Verbot des Angriffskriegs ergab sich aus ihrer Souveränität. Aber nach dem Angriff auf das World Trade Center erklärte die westliche Welt sich solidarisch mit den Vereinigten Staaten und ihrem *Krieg gegen den Terrorismus*. Terrorismus ist kein Subjekt des Völkerrechts, nicht einmal über die Definition besteht Einigkeit. Vorhersehbare neue Zwietracht entstand, aber auch neue Straftatbestände und geheimdienstliche Aufgabenbereiche.

Die westliche Welt verbot sich das kritische Denken über Wirkung und Verhältnismäßigkeit von Sicherheitsmaßnahmen. So schufen die Vereinigten Staaten einen weiteren unbestimmten Begriff: die *präemptive Sicherheitspolitik*. Könnte ein Feind in der Zukunft angreifen, so genügt das als Rechtfertigung für einen eigenen Angriff. Die Erfindung militärischer Interventionen in humanitärem Gewand dagegen lässt sich nicht allein den USA zurechnen. Ein Angriff, mit dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhindert oder beendet werden, schien auch anderen Mitgliedern der UNO notwendig. Mit diesen Erosionen des Völkerrechts wird Krieg wieder führbar. Wen kümmert's da, wenn *ausländische Kombattanten* ihrer unveräußerlichen Menschenwürde verlustig gehen.

Die Globalisierung hat auch andere Einbußen an Menschenwürde und Souveränität bewirkt: Bald wird es keine Flüge mehr geben ohne zwischenstaatliche Übermittlung umfassender Passagierdaten oder die Speicherung biometrischer Merkmale. Weltweit werden Pässe mit biometrischen Daten eingeführt. Wer reisen muss, kann seiner informationellen Selbstbestimmung Ade sagen. Wer in geheimdienstliche Dateien gerät, schon gar.

Auf allen Ebenen der internationalen Institutionen stecken Politiker und Wirtschaftsbosse die Köpfe zusammen und versuchen, die verwundbaren, hoch technisierten Industriestaaten weniger verletzlich zu machen. Wir Bürgerinnen und Bürger sind Leidtragende einer Politik, die weit oberhalb der Europäischen Union erfunden und im Einwohnermeldeamt, Bundes- und Landeskriminalamt umgesetzt wird.

### Untaugliche Mittel

Es gibt wohl kein einziges FfF-Mitglied, das Krieg für den tauglichen Weg zu einer friedlichen Welt hält. Und sicher auch keins, das darauf hofft, die Beschneidung der Bürgerrechte könnte zu einem demokratischeren, weil sicheren Staat führen.

Aber auch andere Bürgerinnen und Bürger sollten nicht erwarten, dass Sicherheitsbehörden mit größeren Befugnissen sie vor der feindlichen Welt im Internet, der organisierten Kriminalität oder Märtyrern mit Todesmission wirksam schützen können. Ganze 350 Polizisten überwachen in Deutschland das Internet. Staatsanwaltschaften sind regelmäßig gezwungen, mit Kriminellen einen *Deal* einzugehen, weil sie für Ermittlungen über Tausende von Ordnern nicht das Personal haben.

Da helfen weder *Otto-Katalog* noch ähnliche Umbauten des Rechtsstaats; vielleicht helfen hervorragend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden mit sehr guter Technik. Das kostet aber Geld, anders als eine symbolische Politik durch Gesetze, die die Grundrechte verletzen.

### Was kostet uns die Überwachung?

Ich fürchte, sie wird uns die Bereitschaft vieler hier lebenden Menschen kosten, sich frei und offen zu äußern. Was fehlender Mut gegenüber einem bedrohlichen Staats-Leviathan bedeutet, das hat uns nicht nur das Nazi-Regime gezeigt. Europa hat im 20. Jahrhundert etliche Beweise geliefert für Regierungen, die gegen ihre Bevölkerung gehandelt haben. Aber auch Lateinamerika, Afrika und Asien bieten dafür Anschauungsmaterial. Viele unserer Repräsentanten in Parlament und Regierung scheinen vergessen zu haben, was die Geschichte lehrt.

Vielleicht haben aber wir Bürger nicht vergessen. Als sinnvolle Gedächtnisstütze fordern wir im FfF e.V., alle ergebnislosen Überwachungsmaßnahmen den Betroffenen mitzuteilen. Das sollte auch die Gruppe derer, die nichts zu verbergen haben, aus ihren Privatheitsillusionen rütteln. Wer von Anlass, Art und Dauer einer Überwachung erfährt, sieht vielleicht, an welchem seidenen Faden ihre oder seine Bürgerrechte hängen. Das Verfassungsgericht könnte mit der Verteidigung überfordert sein.